



Wahlprüfsteine der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) im Beamtenbund – zur Landtagswahl 2017 im Saarland

Die DPoIG Saarland hat im Vorfeld zur Landtagswahl am 26. März 2017 von den im heutigen Landtag und laut aktuellen Hochrechnungen künftig vertretenen Parteien Wahlprüfsteine beantworten lassen. Auf Grund begrenzter Möglichkeiten im Polizeispielgel werden hier nur die ersten fünf Fragen abgedruckt. Alle übrigen Fragen und die von den Parteien gelieferten Antworten sind unter www.dpolg-saar.de abrufbar. Wir möchten an dieser Stelle jeden Leser bitten, sich selbst ein Bild von den Wahlprogrammen und Plänen der aufgeführten Parteien zu machen. Die Forderungen, die die DPoIG an die neue Landesregierung stellt, werden auf dem 16. Landesdelegiertentag beschlossen und können danach auch auf unserer Homepage nachgelesen werden.

Liebe Kollegen/-innen informiert euch, wägt ab und geht dann wählen!

1. Wie bewerten Sie die personelle Situation der Vollzugspolizei des Saarlandes und wie wird sich die Einstellungszahl in den Polizeivollzugsdienst entwickeln?

(CDU) Die CDU-geführte Landesregierung hat bereits die Anzahl der Neueinstellungen bei der Polizei von 80 auf 110 pro Jahr erhöht. Für die CDU hat die innere Sicherheit höchste Priorität. Vor dem Hintergrund der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen und der gestiegenen Terrorgefahr werden wir deshalb weiterhin dafür Sorge tragen, dass die Polizei jederzeit personell dergestalt ausgestattet ist, um sich den aktuellen Herausforderungen stellen zu können.

(SPD) Die aktuellen Entwicklungen im Bereich der inneren Sicherheit, insbesondere die Herausforderungen, die sich aus der Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus ergeben, aber auch im Bereich der allgemeinen Kriminalität bestehen, etwa mit Blick auf das Deliktsfeld Wohnungseinbruchsdiebstahl, müssen zu einem Umdenken in der Personalpolitik bei Polizei und beim Landesamt für Verfassungsschutz führen. Die SPD Saar will daher den durch die Schuldenbremse verursachten Stellenabbau bei der Polizei nicht fortsetzen. Wir wollen ab der Einstellung im Jahr 2017 durchschnittlich so viele Einstellungen vornehmen, wie - unter Berücksichtigung der dreijährigen Ausbildungszeit - im entsprechenden Jahr Ruhestandsversetzungen zu erwarten sind. Konkret: Die SPD Saar wird den Personalabbau bei der Polizei stoppen.

(Linke) DIE LINKE hat als einzige im Landtag vertretene Partei gegen den Abbau von Stellen bei der Polizei im Rahmen der sogenannten „Polizeireform2020“ gestimmt. Es ist und bleibt ein Fehler, da damit ausgerechnet an der Sicherheit im Saarland gespart wird. DIE LINKE hat auch die Absenkung der Zahl der Kommissarsanwärter stets kritisiert. Wir brauchen wieder mehr Polizistinnen und Polizisten in der Fläche.

(Piraten) Aktuell sehen wir ein Problem darin, dass immer Polizeiinspektionen und -dienstposten insbesondere im ländlichen Bereich geschlossen wurden und sich dies negativ auf die Sicherheit im Saarland auswirkt. Dadurch erhöht sich die Zeit, die vergeht, bis Polizeikräfte am Einsatzort eintreffen. Eine wirkliche Sicherheit ist nur durch eine entsprechende Polizeipräsenz zu ermöglichen. Wir Piraten setzen uns daher dafür ein, die Zahl der Polizeibeamten zu erhöhen. Die Zahl der Neueinstellungen muss hierbei höher liegen als die Zahl der Polizeibeamten, die jährlich in den Ruhestand versetzt werden.

(Grüne) Wir wollen eine starke und bürgernahe Polizei. Die Polizei ist ein Eckpfeiler der inneren Sicherheit in unserem Land. Um die Aufgaben der Polizei besser bewältigen zu können und Belastungen zu reduzieren, aber auch zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und

Bürger, wollen wir das Polizeipersonal aufstocken und jährlich 120 neue Kommissaranwärterinnen und –anwärter einstellen.

Zwar wurden im Jahr 2016 und werden im Jahr 2017 jeweils 110 Kommissaranwärterinnen und –anwärter eingestellt, dies ist aber kein Ausgleich

zum Stellenabbau der letzten Jahre und ist somit nicht ausreichend, um das Defizit auszugleichen und die veränderte Sicherheitslage bewältigen zu können. Denn nur mit Neueinstellungen von deutlich über 100 ist die notwendige Stabilität zu gewährleisten, um auch auf Sonderlagen adäquat reagieren zu können.

(AfD) Die personelle Situation der Polizei im Saarland ist unzureichend. Zwar wurde unlängst die Obergrenze für Neueinstellungen angehoben, allerdings in einem unverantwortlich unzureichendem Maße.

2. Planen Sie die Wiedereinführung einer dreigeteilten Laufbahn für die Polizei?

(CDU) Die Wiedereinführung der dreigeteilten Laufbahn ist derzeit nicht vorgesehen.

(SPD) Mit der SPD wird es im Saarland einen solchen Schritt nicht geben. Die Sicherheitsbehörden haben zunehmend komplexere und umfangreichere Aufgaben zu erfüllen. Die Anforderungen gerade an den Polizeiberuf sind enorm gestiegen. Erwartet werden eine sichere Rechtsanwendung, fachliche, aber auch soziale Handlungskompetenzen. Nicht zuletzt im Vergleich zu anderen Verwaltungsbereichen gehört der Polizeiberuf deshalb zu Recht den Laufbahnen des gehobenen und höheren Dienstes zugeordnet. Das fachtheoretische und fachpraktische Studium an der Fachhochschule für Verwaltung legt eine wichtige Grundlage. Ein Weg, wie wir zukünftig vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung verstärkt auch geeignete Bewerberinnen und Bewerber mit mittlerem Bildungsabschluss gewinnen können, macht uns Rheinland-Pfalz vor: Einstellung geeigneter Kandidaten und vorgelagerte Qualifizierung für das Studium. Das wäre für uns auch eine Option im Saarland. Im Übrigen erinnern wir daran, dass es eine sozialdemokratische Landesregierung war, die in den 90er Jahren das Tor für die zweigeteilte Laufbahn geöffnet hat.

(Linke) Nein.

(Piraten) Wir stehen für eine Wiedereinführung der dreigeteilten Laufbahn und im Zuge davon die Abschaffung des Polizeilichen Ordnungsdienstes. Dessen Aufgabenbereich fällt unserer Meinung nach idealerweise in den Bereich des mittleren Dienstes. Dies hätte außerdem den Vorteil, dass Polizisten im mittleren Dienst mehr Hoheitsrechte haben als der polizeiliche Ordnungsdienst. Damit wäre weiterhin gewährleistet, dass jeder, der polizeiliche Tätigkeiten ausübt, eine gesamte Ausbildung bei der Polizei absolviert hätte.

(Grüne) Die zweigeteilte Laufbahn ist ein wichtiger Beitrag zur Anerkennung der zu leistenden vielfältigen und schweren Arbeit der Polizei. Wir Grüne setzen uns weiterhin für die zweigeteilte Laufbahn ein, weil die Komplexität des Polizeiberufes und die gestiegenen Anforderungen die Eingruppierung im gehobenen Dienst rechtfertigen.

(AfD) Zur Zeit gibt es keine Pläne zur Wiedereinführung der dreigeteilten Laufbahn.

3. Wie wollen Sie die Vollzugspolizei von sogenannten „polizeifremden“ Tätigkeiten entlasten? Wollen Sie in diesem Zusammenhang eine grundsätzliche Aufgabenkritik in Betracht ziehen?

(CDU) Oberstes Ziel sollte es immer sein, dass sich Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte ausschließlich ihren originären Aufgaben widmen können. Die Polizei sollte an erster Stelle „auf der

Straße“ für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sorgen und „polizeifremde“ Tätigkeiten nur im Ausnahmefall verrichten. Das CDU-geführte Innenministerium hat diesen Prozess bereits in dieser Legislaturperiode mit den sog. Ermittlungshelfern begonnen. Diesen Weg werden wir weiter unterstützen. Eine grundsätzliche Aufgabenkritik könnte mit Blick auf eine weitere Entlastung hilfreich sein; ebenso wird aber auch eine polizeiinterne Überprüfung und Optimierung der bisherigen Abläufe als zielführend erachtet.

(SPD) Aus Sicht der SPD Saar ist es im Verlauf des Organisationsentwicklungsprozesses in der Polizei unabdingbar, regelmäßig, aber vor allem systematisiert zu prüfen, ob bestimmte Aufgaben und wie sie ggf. erfüllt werden können. Dies ist im Übrigen unabhängig von der Festlegung der Einstellungszahlen in den Polizeivollzugsdienst zu sehen. Oftmals sind es die Prozesse der Aufgabenerledigung, die verändert werden müssen, um zu einem personaleffizienteren und besseren Ergebnis zu gelangen. Die dazu eigens im Landespolizeipräsidium eingerichtete Stabsstelle für Organisationsentwicklung und Controlling hat bisher aus unserer Sicht auch gute Arbeit geleistet. Nicht alles liegt jedoch in der Entscheidungskompetenz der Behörde. Was aus unserer Sicht heute fehlt, sind klare strategische Leitplanken und Ziele, die eine SPD Saar unter Federführung des Innenministeriums zusammen mit dem Landespolizeipräsidium sowie den Personal- und Berufsvertretungen entwickeln wird. Im Kontext mit der Entlastung von sog. polizeifremden Tätigkeiten wäre vor allem eine strukturierte Personalverwendungsplanung als Bestandteil eines Personalentwicklungskonzepts hilfreich. Dieses Thema ist in der Polizei längst überfällig. Mit der Verwendungsplanung werden wir u. a. die Funktionen und Tätigkeiten klar definieren, wo zwingend eine vollzugspolizeiliche Ausbildung notwendig ist, aber auch, wo wir entsprechend qualifizierte Tarifbeschäftigte benötigen. Insoweit werden wir als ersten Schritt zügig eine sorgfältige Bestandsaufnahme veranlassen, dem weitere folgen werden.

(Linke) DIE LINKE will mehr Polizeikräfte in der Fläche statt hinter dem Schreibtisch. Deshalb müssen Polizistinnen und Polizisten von Verwaltungstätigkeiten entlastet werden. Dafür braucht es mehr Personal. Eine grundsätzliche Aufgabenkritik kann dabei hilfreich sein.

(Piraten) Durch die Wiedereinführung der dreigeteilten Laufbahn sehen wir die Ausübung dieser Tätigkeit primär im mittleren Dienst, um den höheren und gehobenen Dienst davon zu entlasten. Gewisse polizeifremde Tätigkeiten könnten außerdem durch einen verbesserten IT-Einsatz vermindert werden.

(Grüne) Wir Grüne wollen das vorhandene Personal optimal nutzen. Dazu muss die saarländische Polizei in stärkerem Maße als bisher von polizeifremden Aufgaben entlastet werden. Um Vollzugsbedienstete nicht in administrativen Bereichen zu binden, sind Tarifbeschäftigte bei Verwaltungsaufgaben einzubeziehen. Denn die Einstellung von 20 zusätzlichen Tarifbeschäftigten, die auf drei Jahre befristet ist, ist kurzzeitig zwar richtig, mittelfristig wird aber eine Entfristung im Tarifbereich notwendig sein.

(AfD) Die Vollzugspolizei muss von polizeifremden Tätigkeiten weitgehend befreit werden. Diese Aufgaben müssen von entsprechendem Fachpersonal durchgeführt werden.

4. Sehen Sie den Polizeilichen Ordnungsdienst als Entlastung für die Polizei und wollen Sie diesen weiter ausbauen?

(CDU) Die Einführung des Polizeilichen Ordnungsdienstes (POD) hat sich unter anderem zur Entlastung der Vollzugspolizei von „polizeifremden“ Aufgaben als großer Erfolg erwiesen. Am bisherigen POD mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wollen wir festhalten und den POD auch perspektivisch weiter ausbauen.

(SPD) Was gut gemeint war, ist noch lange nicht gut gemacht. Es ist ein Novum, dass in der saarländischen Sicherheitsarchitektur in diesem Ausmaß prekäre Beschäftigungsverhältnisse

geschaffen wurden im Vertrauen, es werde sich schon alles im Haushalt stellenplanmäßig verfestigen. Das gilt für den POD, das gilt vor allem aber für die inzwischen eingestellten sog. Ermittlungshelfer. Ohne Zweifel: Die bislang eingestellten Kolleginnen und Kollegen leisten einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Polizei. Insbesondere die Übernahme von Aufgaben zur Sicherung der polizeieigenen Liegenschaften oder sonstige Bewachungsaufgaben tragen zur Entlastung bei. Kritisch sehen wir, dass mit einer eigentlich zu kurzen und damit nicht verantwortbaren Einweisungszeit weitere an sich ureigene Polizeiaufgaben übertragen wurden. So zum Beispiel beim Objektschutz oder bei Abschiebemaßnahmen, bei dessen Durchführung unter Umständen hoheitliches Eingriffshandeln bis hin zur Zwangsausübung notwendig ist. Die Ermittlungshelfer sollen gar mit noch kürzerer Einweisungszeit einsteigen, Vorgänge bearbeiten und von einem ausgebildeten Polizeibeamten beaufsichtigt werden. Offen bleibt, worin dann der Entlastungseffekt liegen soll. Das thematische Vagabundieren des CDU-Innenministers, so wie es gerade in den Sinn kommt und eher einer tagespolitischen Effekthascherei geschuldet ist, muss aufhören. Die SPD Saar wird dringend erforderliche Korrekturen vornehmen und für klare und verlässliche Strukturen sorgen, vor allem im Interesse der Beschäftigten. Zur Unterstützung und Entlastung im Polizeibereich brauchen wir nachhaltig Tarifbeschäftigte für Funktionen, für die eine vollzugspolizeiliche Ausbildung nicht notwendig ist. Anhaltspunkte für Funktionen für Tarifbeschäftigte zur Entlastung der Polizei liefert u.a. der Bericht der ministeriumsinternen AG Polizeiorganisation aus dem Jahr 2007, mit dem sich später die AG Polizei 2020 im Jahr 2011 befasst hatte. Diesen Faden wollen wir erneut aufgreifen und zu einer vernünftigen, systematisierten und nachhaltigen Personalverwendungsplanung gelangen. Den POD wollen wir insoweit in seiner derzeitigen Struktur nicht weiter ausbauen. Wir wollen jedoch mit den bislang eingestellten Männern und Frauen in ggf. anderen Funktionen und in einem auch für sie stabilen und zukunftssicheren Beschäftigungsverhältnis weiterarbeiten.

(Linke) DIE LINKE will keine „Polizei light“, sondern eine angemessene personelle Ausstattung der Polizei mit gut ausgebildeten und fair bezahlten Kräften. Allein der Facettenreichtum der Strafprozessordnung und des Strafgesetzbuches lässt sich nicht in drei Monaten Crash-Kurs vermitteln. Zwar kann es sinnvoll sein, Polizistinnen und Polizisten bei bestimmten Tätigkeiten zu entlasten. Ein Polizeilicher Ordnungsdienst birgt aber immer die Gefahr in sich, dass Aufgaben des regulären Vollzugsdienstes schleichend ersetzt werden können. Es darf nicht dazu kommen, dass die Aufgaben des POD ausgedehnt werden, damit Stellen bei der Polizei eingespart werden können. Die Sicherheit der Saarländerinnen und Saarländer kostet Geld, was es uns aber wert sein sollte.

(Piraten) Wir sehen im Rahmen einer dreigeteilten Laufbahn für die Polizei eine Abschaffung des polizeilichen Ordnungsdienstes vor. Dabei sollen Polizisten des mittleren Dienstes diese Aufgaben übernehmen.

(Grüne) Die Einrichtung des Polizeilichen Ordnungsdienstes im Saarland im Jahr 2016, die auf zwei Jahre angelegt ist, ist ein wirksames Instrument, um übergangsweise die Polizistinnen und Polizisten in gewissen Aufgaben zu unterstützen. Ob aber die entlastende Wirkung so eintreten wird, wie erwartet, wird sich nach der Evaluation zeigen. Der Polizeiliche Ordnungsdienst kann aber die regelmäßige Einstellung von jungen Polizeikräften nicht ersetzen. Daher sollte er eine einmalige Ausnahme zur Unterstützung der Polizeiarbeit in bestimmten Bereichen sein, aber nicht weiter ausgebaut werden. Stattdessen benötigen die eingestellten Personen eine sichere Berufsperspektive in Richtung einer unbefristeten Beschäftigung.

(AfD) Der Polizeiliche Ordnungsdienst kann ausgebildete Polizisten nicht ersetzen und ist daher keineswegs eine Alternative. Eine Erhöhung der Neueinstellungen ist daher zwingend erforderlich.

5. Werden Sie eine Kennzeichnungspflicht für die Polizei einführen?

(CDU) Die CDU spricht sich gegen eine Kennzeichnungspflicht für die Polizei aus. Wir halten diese weder für sinnvoll noch für gerechtfertigt.

(SPD) Unter Berücksichtigung der mit einer Kennzeichnung von Polizeibeamtinnen und –beamten verfolgten Zielrichtung einer Identifizierung sieht die SPD Saar momentan keine Veranlassung für eine Kennzeichnungspflicht. Wir begrüßen natürlich, wenn Polizeibeamtinnen und –beamte als Teil einer offenen Zivilgesellschaft an ihren Uniformen Namensschilder tragen. Wir halten allerdings die derzeitigen gesetzlichen und ministeriellen Regelungen über die Ausweispflicht und das freiwillige Tragen von Namensschildern für ausreichend. Unseren Feststellungen zu Folge, tragen unsere Polizistinnen und Polizisten zunehmend Namensschilder. Darüber hinaus sind uns keine Fälle oder Beschwerden bekannt, in denen das Handeln von Angehörigen der saarländischen Vollzugspolizei nicht der oder dem Verantwortlichen hätte zugeordnet werden können und damit Beschwerden oder Strafverfahren im Sande verlaufen wären. Uns sind auch keine entsprechenden Mitteilungen von Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International über Fälle im Saarland bekannt.

(Linke) DIE LINKE will Transparenz herstellen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen wissen, mit wem sie es zu tun haben. Gleichzeitig soll die Privatsphäre der Polizeibeamten geschützt werden. Deshalb ist DIE LINKE für die Einführung anonymisierter Kennzeichnungen auf den Polizeiuniformen in Form von Nummern.

(Piraten) Eine Kennzeichnungspflicht ähnlich der bereits in Berlin eingeführten Regelung, deren Rechtmäßigkeit bereits gerichtlich bestätigt ist, ist auch eine für das Saarland eine sinnvolle Maßnahme. Die Identifikation der Polizisten soll anhand von Identifikationsnummern erfolgen, die an der Kleidung der Polizisten angebracht sind. Ein geeignetes und praktikables Verfahren zur Verteilung der Identifikationsnummern und zu deren Gestaltung soll in Zusammenarbeit mit der Polizei entwickelt werden. Für den Fall unterschiedlicher Ansichten bei Handlungen seitens der Polizei kann damit sichergestellt werden, dass deren spätere Identifikation möglich ist. Dabei sind die Persönlichkeitsrechte der Polizisten zu wahren und im Falle einer Anzeige darf erst auf richterlichen Beschluss hin eine Identifikation erfolgen.

(Grüne) Wir treten dafür ein, dass Polizistinnen und Polizisten durch ein entsprechendes Schild an ihrer Uniform identifizierbar sind. Dies dient nicht nur dem Schutz von Bürgerinnen und Bürgern vor etwaigen Übergriffen, sondern auch dem Schutz der Polizistinnen und Polizisten vor falschen Anschuldigungen.

(AfD) Wir sehen keine Notwendigkeit den Polizeivollzugsbeamten pauschal zu misstrauen, daher lehnen wir eine Kennzeichnungspflicht grundsätzlich ab. Eine Kennzeichnung mittels Namensschild, lehnen wir generell ab.

6. Ist Ihrer Meinung nach eine ausreichende polizeiliche Präsenz in der „Fläche“ vorhanden?

(CDU) Die saarländische Polizei ist aus Sicht der CDU in der „Fläche“ ausreichend präsent. Dies gilt umso mehr seit der Umstrukturierung seitens des CDU-geführten Innenministeriums und der Einführung der sogenannten OpE-Einheiten sowie der Polizeiinspektion Nordsaarland in Wadern. Durch bereits vermehrte Streifenfahrten der Vollzugspolizei hat sich die Präsenz noch einmal merklich erhöht. Die CDU wird weiterhin großen Wert auf eine ausreichende und sichtbare Präsenz der Polizei in der Fläche legen.

(SPD) (Fragen 6 und 11 werden zusammen beantwortet)

Eine Bewertung vorzunehmen, erfordert sich auch nochmals die Rahmenbedingungen vor Augen zu führen, die Ausgangspunkt für die Polizeireform 2012 waren: Aufgaben der Polizei im Saarland sind angestiegen und komplexer geworden, von allen Bundesländern hat das Saarland die ungünstigste

Altersstruktur mit Auswirkungen auf eine eingeschränkte Personalverwendung, vermeidbare Mehrfachzuständigkeiten und zu lange Wege in der Altorganisation und vor allem das bei einer desolaten Haushaltssituation, die kaum noch Spielräume zuließ. Gleichzeitig sollten die Aufgaben weiterhin professionell erfüllt werden und insbesondere die Präsenz der Polizei in der Fläche erhalten bleiben. Ohne damals in der Regierungsverantwortung gewesen zu sein, haben wir die Reform mitgestaltet und mitgetragen, da sie aus unserer Sicht ohne bessere Alternative war. Heute sind wir davon überzeugt, dass mit dem im Jahr 2011 eingeleiteten Prozess zur Fortentwicklung der Polizeiorganisation - trotz Anfangsschwierigkeiten und unvorhergesehener Kautelen - ein zielführender Weg gefunden wurde, die Gewährleistung der inneren Sicherheit mit der demografischen Entwicklung, der Personalaltersstruktur in der Polizei sowie den Einsparverpflichtungen des Landes in einen verantwortbaren Einklang zu bringen. Mit der Implementierung eines landesweiten Interventionskonzepts für den Wach- und Streifendienst, der Regionalisierung der Kriminaldienste und einer stärkeren Nutzung der Leistungspotenziale der Führungs- und Lagezentrale wurde ein effektiver und effizienter Personaleinsatz und damit die polizeiliche Präsenz vor Ort gewährleistet. Im Verlauf des bisherigen Entwicklungsprozesses wurden weitere Weichenstellungen vorgenommen, so wie sie auch Gegenstand der Befassung in der AG Polizei 2020 waren. Erinnert sei an die Einrichtung der Operativen Einheiten Saarland. Darüber hinaus wurde die Kriminalitätsbekämpfung nachhaltig gestärkt. Klar ist uns aber auch, dass dies nur möglich war, da alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Organisation, auf allen Ebenen, hochmotiviert und mit vollem Engagement ihre Aufgaben erfüllt haben. Dafür an dieser Stelle einen besonderen Dank. Die Organisationsentwicklung ist ja nicht abgeschlossen, sondern ein fortlaufender Prozess. Gemeinsam mit der Polizei, den Personal- und Berufsvertretungen wird eine sozialdemokratische Landesregierung die weitere Entwicklung sehr eng begleiten und auch zukünftig Anpassungen vornehmen, wo dies notwendig ist. Gegenüber heute wollen wir dabei allerdings wieder stärker die Expertise der Polizei selbst berücksichtigen und vor allem auch wieder Gelegenheit geben, sich in Ruhe zu konsolidieren.

(Linke) Der Stellenabbau der vergangenen Jahre hat seine Spuren hinterlassen. Dazu kommt, dass zahlreiche Polizeidienststellen nachts geschlossen werden, womit ein Personalmangel bei der Polizei verschleiert werden soll. Dies führt bei vielen Saarländerinnen und Saarländern zu einem wachsenden Gefühl der Unsicherheit. Da ändert auch das Hin- und Hergeschiebe von polizeilichen Einheiten oder Strukturen nichts. DIE LINKE will daher mehr gut ausgebildete Polizeibeamte in der Fläche.

(Piraten) Nein, das beweist die Anzahl der Überstunden und die insgesamt geringe Polizeipräsenz, vor allem im ländlichen Raum.

(Grüne) Die Polizei hat eine wichtige Schutzfunktion in unserem Land. Sie hat ebenso die Kriminalität zu bekämpfen, wie auch die Bürgerrechte zu bewahren. Dabei soll sie sich durch Bürgernähe und Flexibilität auszeichnen, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden. Eine ausreichende Polizeipräsenz in der Fläche ist essenziell für eine effektive und bürgernahe Polizeiarbeit. Für eine bürgernahe Polizeistruktur brauchen wir mehr Polizistinnen und Polizisten. Diese müssen außerdem noch besser für den Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern ausgebildet werden. Wir wollen mehr „grün“ auf den Straßen. Um den berechtigten Sicherheitsbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen, muss die Polizei in der Öffentlichkeit präsent sein. Polizistinnen und Polizisten vor Ort sind für uns wichtiger als etwa die ausufernde Installation von Kameras. Statt mehr Überwachungstechnik, die die Freiheitsräume der Bürgerinnen und Bürger beschneidet, brauchen wir mehr polizeiliche Präsenz auf Straßen und Plätzen und eine bessere Erreichbarkeit in den Kommunen. Um die Bürgernähe der Polizei zu gewährleisten, ist eine grundsätzliche Überprüfung der Sparmaßnahmen im Rahmen der Polizeireform notwendig. Dazu gehört auch die geplante Nachtschließung aller B Inspektionen im Land. Wir wollen nicht, dass die Polizeipräsenz in der Fläche ausgedünnt wird.

(AfD) Die Polizei ist unterrepräsentiert, dies zeigt sich gerade in ländlicheren Regionen.

7. Was beabsichtigen Sie, um den Schutz der Polizistinnen und Polizisten sowie der Beschäftigten vor Gewalt künftig weiter zu verbessern?

(CDU) Es besteht kein Zweifel daran, dass die Sicherheit der Polizeibeamtinnen und –beamten bei der CDU höchste Priorität genießt. Dies zeigen beispielsweise die Bestrebungen der CDU-geführten saarländischen Landesregierung im Rahmen einer Bundesratsinitiative zur Verschärfung des Strafrechts bei Delikten gegen Vollstreckungsbeamtinnen und –beamte. Die Sicherheit der Polizistinnen und Polizisten wird weiterhin einen Schwerpunkt der Arbeit der CDU bilden. Wir werden die weiteren Entwicklungen genauestens beobachten und weiterhin auf den unterschiedlichsten Ebenen daran arbeiten, die Sicherheit für die Beamtinnen und Beamten weiter zu erhöhen. Mit der Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen in Höhe von bislang zwei Mio. Euro durch das CDU-geführte Ministerium für Inneres und Sport und der Einführung der Körperkameras (Bodycams) hat die CDU bewiesen, dass die Sicherheit der Polizistinnen und Polizisten höchste Priorität genießt.

(SPD) Wir wissen, dass Polizistinnen und Polizisten besonderen Gefahren ausgesetzt sind. Die SPD Saar hat daher politisch allgemein und ganz konkret in den Aktivitäten der Fraktion und des Innenausschusses in den vergangenen Jahren alle Bestrebungen zur Verbesserung des Schutzes von Beamtinnen und Beamten der Polizei durch Technik unterstützt. Dazu gehören etwa die Bereitstellung von Finanzmitteln für Überziehschutzwesten oder die Unterstützung des Projektes „bodycam“, aber auch die Optimierung der Ausbildung durch die Schaffung der Voraussetzungen für die Errichtung eines Einsatztrainingszentrums. Auch die Fortentwicklung des Strafrechts zur Erhöhung des Strafrahmens bei Widerstands- oder Angriffshandlungen geht auf die Initiative unseres Justizministers Reinhold Jost zurück. Weitere Optimierungen im Rahmen der jeweiligen technischen Möglichkeiten werden wir unterstützen.

(Linke) Polizisten müssen wirksam vor Gewalt geschützt werden, ebenso wie Rettungskräfte, die alle für die Allgemeinheit ihren Dienst tun. Der Einsatz von Bodycams wird von der Landesregierung mit einem besseren Schutz vor Gewalt begründet. Ob dies ein erfolgreiches Mittel ist, muss nun erprobt werden. Wir setzen uns ein für ein bedarfsgerechtes Sicherheits-Equipment bei der Polizei und für ausreichende, erforderliche Aus- und Fortbildungs- und Übungsmaßnahmen.

(Piraten) Leider (zu) häufig geht Gewalt von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus, bei denen Bildung und die Sozialisation in unsere Gesellschaft nicht von Erfolg waren. Hier bei schulischer und nichtschulischer Erziehung anzusetzen und die Betreuung von Problemgruppen zu intensivieren, würde in unseren Augen hier bereits einen erheblichen Beitrag in diese Richtung bewirken.

(Grüne) Respektlosigkeit, Verrohung und Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten wie auch gegen Helferinnen und Helfer der Feuerwehreneinheiten, des Katastrophenschutzes und der Rettungsdienste sind nicht zu akzeptieren. Sie müssen ihre wertvolle Aufgabe für die Allgemeinheit ungehindert und ohne jegliche Bedrohung ausüben können. Mit der Einführung von Body-Cams und dem Gesetzentwurf von Bundesjustizminister Maas, der die Mindeststrafe bei einem Angriff auf Polizisten, Feuerwehrleute, Rettungssanitäterinnen und -sanitäter und Helferinnen und Helfer des Katastrophenschutzes auf drei Monate heraufsetzt, sind in der letzten Zeit zwei wichtige Schritte zum Schutz dieser Gruppen gemacht worden. Unsere Polizistinnen und Polizisten müssen gut ausgebildet werden und auch im Einsatz für unsere innere Sicherheit und Rechte mit der entsprechenden Schutzkleidung ausgestattet sein. Wir wollen, dass unsere Polizei besser vor Gewalttätern geschützt wird und werden deshalb die Polizeiausstattung so verbessern, dass sie den modernsten Sicherheitsanforderungen entspricht. Auch im Bereich der Büro-, Kommunikations- und Informationstechnik muss die Ausstattung dringend verbessert werden. Zudem müssen die Beschaffungsmaßnahmen besser koordiniert und kontrolliert werden.

(AfD) Um die Polizistinnen und Polizisten besser vor Gewalt zu schützen ist eine Erhöhung der Strafandrohung vorgesehen. Bei Übergriffen, die zum Nachteil von Amtsträgern und ehrenamtlichen

Helfern gehen, sollte der Umstand strafscharfend berücksichtigt werden. Des Weiteren ist es angedacht, die Sicherheit jedes einzelnen Polizisten durch eine Verbesserung der persönlichen Ausrüstung zu erhöhen. Auch der flächendeckende Einsatz sogenannter „Bodycams“ ist durch die abschreckende Wirkung dazu geeignet, Übergriffe zumindest mittelfristig zu reduzieren.

8. Streben Sie eine Einkommensverbesserung der Polizeibeamtinnen und –beamten durch z.B. die Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage oder die Anhebung von DUZ (Dienst zu ungünstigen Zeiten) an?

(CDU) Die wichtige Arbeit der Polizei muss sich lohnen und selbstverständlich auch im Geldbeutel der Beamtinnen und Beamten widerspiegeln. Von daher haben wir auch großes Verständnis für Ihre Forderung nach der Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage. Gleichzeitig müssen wir aber der Tatsache Rechnung tragen, dass das Saarland ein Haushaltsnotlageland ist, welches dem strikten Regime des Stabilitätsrates in Berlin unterliegt. Dieser beobachtet genauestens die Einhaltung der dem Saarland gemachten Vorgaben, welche Voraussetzung für die Auszahlung der jährlichen Sanierungshilfen seitens des Bundes ist. Da das Saarland in den nächsten Jahren weiterhin diesen Sanierungspfad gehen muss, um sodann ab 2020 in den Genuss weiterer Sanierungshilfen kommen zu können, ist eine Wiedereinführung der an sich wünschenswerten Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage derzeit nicht angedacht. Dies gilt ebenso für eine Anhebung der Zahlungen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten.

(SPD) Wir respektieren ganz grundsätzlich, dass die Entwicklung im Niveau des Gehaltsgefüges auch im öffentlichen Dienst von tarifrechtlichen Abläufen geprägt ist. Konkret bedeutet dies, dass die SPD Saar grundsätzlich für eine Übernahme der Tarifabschlüsse auf den Bereich der Beamten und Versorgungsempfänger eintritt. Darüber hinaus gehende Fragen mit finanzieller Wirkung, wie etwa die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage oder die Höhe der Zulage für besondere Erschwernisse, müssen immer im Gesamtkontext gesehen werden. Zu den Betrachtungsparametern gehört in diesem Zusammenhang u.a. die Grundentscheidung, einerseits bei der Polizei mindestens in den gehobenen Dienst einzustellen, andererseits aber die Tatsache, dass das Saarland im Kontext der Schuldenbremsensystematik als Haushaltsnotlageland keine höheren finanziellen Standards verursachen darf als die sog. Geberländer. In diesem Konfliktfeld gemeinsam mit den Personalräten, Gewerkschaften und Berufsvertretungen das Gewollte, das Machbare und schließlich „den gemeinsamen Nenner“ auszuloten und umzusetzen, ist der politische Ansatz der SPD Saar.

(Linke) Die Polizei im Saarland hat lange Zeit mit gespart und niedrigere Einkünfte, mangelnde Ausstattung und lange Beförderungswartezeiten unter der „schwarzen Null“ in Kauf nehmen müssen. Damit muss endlich Schluss sein. DIE LINKE ist natürlich dafür, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte auch gut bezahlt werden. Unseres Erachtens sollte daher die Polizeizulage ruhegehaltsfähig gemacht werden, wie in Bayern und Nordrhein-Westfalen auch. Wir werden vor den Wahlen aber nichts versprechen, was nach den Wahlen nicht umzusetzen ist. Das Saarland als Haushaltsnotlageland hat sehr begrenzte finanzielle Spielräume und sollte bei den Ausgaben mit den übrigen Bundesländern vergleichbar bleiben. DIE LINKE steht für eine gerechte Steuerpolitik, die Millionen-Einkommen, -Vermögen und –Erschaften angemessen besteuert und damit neue finanzielle Spielräume – auch für die Polizistinnen und Polizisten - für das Saarland schafft. Wir werden daher genau prüfen, welche Einkommensverbesserungen möglich sind, um somit auch die Motivation der Polizistinnen und Polizisten steigern zu können.

(Piraten) Ja, der Polizeidienst ist eine psychisch und physisch belastende Tätigkeit, die entsprechende Vergütung verdient.

(Grüne) Statt die Dienste insgesamt - und auch die Dienste zu ungünstigen Zeiten -weiter zu erhöhen, setzen wir Grüne uns dafür ein, mehr Personal einzustellen. Wenn die Dienste zu ungünstigen Zeiten

erhöht werden, halten wir es aber für wichtig, dass es auch zu einer Erhöhung der Zulagen kommt. Die Polizei hat die öffentliche Sicherheit rund um die Uhr das ganze Jahr über zu gewährleisten – dies muss auch finanziell anerkannt werden. Die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage ist aufgrund bundesgesetzlicher Vorschriften schon teilweise weggefallen. Diese Zulage war in der Vergangenheit dafür gedacht, die besonderen Erschwernisse der Polizeiarbeit zu würdigen. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass diese Amtszulage wieder ruhegehaltsfähig wird.

(AfD) Eine Einkommensverbesserung ist im Bereich der Polizei aus unserer Sicht dringend notwendig.

9. Mit welchem Beförderungsbudget im Bereich der Polizei planen Sie und wird eine Festlegung für den gesamten Beurteilungszeitraum (2017-2019) vorgesehen?

(CDU) Es ist selbstverständlich, dass die CDU die Arbeit der Beamtinnen und Beamten in höchstem Maße anerkennt und sich diese auch lohnen muss. Unser Ziel ist es, den Polizistinnen und Polizisten auch eine ordentliche Entwicklungsperspektive mit entsprechenden Beförderungsmöglichkeiten weiterhin eröffnen. Die genaue Höhe kann derzeit noch nicht beziffert werden.

(SPD) Die aktuellen Beförderungsmittel für die saarländische Polizei liegen bei ca. 500.000,- € jährlich. Diese Summe ergibt sich aus dem „normalen“ Budget, einem Teilbetrag aus dem sog. Generationenpakt II sowie einem Teilbetrag aus einem von der Landesregierung im Jahr 2015 zusätzlich für den öffentlichen Dienst bereitgestellten Beförderungsbetrag. Wir in der SPD Saar halten den Gesamtbetrag für angemessen und treten einer wie auch immer motivierten Absenkung entgegen.

(Linke) Es müssen ausreichend Mittel für Beförderungen eingestellt werden, denn jedes Land braucht motivierte Polizistinnen und Polizisten. Die Nennung eines exakt bezifferten, geplanten Budgets ist üblicherweise für Oppositionsparteien nicht möglich. DIE LINKE wird aber im Falle einer Regierungsbeteiligung dafür Sorge tragen, dass die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten in unserem Land entsprechend Wert geschätzt wird.

(Piraten) Beförderungen sollten unserer Meinung nach nicht von einem Budget, sondern von der Qualifikation und dem Bedarf an Polizisten mit bestimmten Qualifikationen abhängig sein. Das dann letztendlich erforderliche Budget ist auf dieser Basis zu ermitteln.

(Grüne) Wir Grüne setzen uns für eine faire Besoldung im Bereich der Polizei ein. Das Saarland braucht eine Polizei, deren Beamtinnen und Beamte motiviert sind. Deshalb treten wir für eine leistungsgerechte Bezahlung ein, die der erheblichen Verantwortung unserer Polizistinnen und Polizisten Rechnung trägt.

(AfD) Derzeit gibt es noch keine Planungen hinsichtlich der genauen Höhe bzw. des Festlegungszeitraumes des Beförderungsbudgets.

10. Wie möchten Sie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Polizei verwirklichen?

(CDU) Der Beruf der Polizeibeamtin oder des Polizeibeamten sollte, unter Berücksichtigung der Spezifika, die der Beruf einer Polizistin, eines Polizisten, mit sich bringt ebenso mit der Familie vereinbar sein, wie dies bei anderen Berufen der Fall ist. Bereits in dieser Legislaturperiode hat das CDU-geführte Ministerium für Inneres und Sport entsprechende Verbesserungen, wie etwa den mit dem Sicherheitspaket III geschaffenen sog. Vertretungspool auf den Weg gebracht. Darüber hinaus treiben wir den Diskussionsprozess hinsichtlich der Errichtung eines Kindergartens im Zusammenhang mit der geplanten Großinspektion in der Mainzer Straße weiter voran. Zusätzlich werden wir dafür Sorge tragen, dass weitere Verbesserungen in diesem Bereich geprüft werden.

(SPD) Im vergangenen Jahr konnten wir in der Polizei ein zur Frage durchaus passendes Jubiläum feiern: 30 Jahre Frauen im Polizeivollzugsdienst. Wir sind schon stolz darauf, dass es eine sozialdemokratische Landesregierung war, die 1986 den Berufsweg für Frauen in die Polizei geebnet hat. Wir sollten nicht verkennen, dass inzwischen in Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen und Gewerkschaften viele Maßnahmen entwickelt wurden, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Erfreulicherweise ist heutzutage die Übernahme familiärer Verpflichtungen nicht nur auf die Frau fokussiert. Eine SPD-Landesregierung wird auf dem bisher Erreichten aufbauen. Daher wird ein Baustein des Personalentwicklungskonzepts für die Polizei, das wir in Angriff nehmen werden, dabei auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein. Konkret werden wir beispielsweise prüfen, ob wir in Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungsbehörden an exponierten Stellen im Saarland Kindertagesstätten einrichten und ggf. mit bestimmten Trägern betreiben können. Für umsetzbar halten wir auch die Intensivierung von Telearbeit, insbesondere für Kolleginnen und Kollegen in Innendienstfunktionen. Wir werden dennoch bei allen Maßnahmen die Auswirkungen auf die Organisation und Aufgabenerfüllung im Auge behalten. Deshalb werden wir beispielsweise die Folgen familiär bedingter Abwesenheitszeiten prüfen, und dort mit geeigneten Maßnahmen nachsteuern, wo es erforderlich wird.

(Linke) Damit alle Eltern Familie und Beruf besser vereinbaren können, wollen wir das Angebot an Kitas und echten Ganztagschulen ausbauen und die Elterngebühren für Krippen und Kitas und schrittweise abschaffen. Kinderbetreuungsplätze müssen in ausreichender Quantität und Qualität gebührenfrei und ganztägig zur Verfügung stehen. Die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen müssen an die Lebensbedingungen der Familien angepasst werden, daher halten wir Kinderbetreuungsmöglichkeiten an ausgewählten Standorten für Eltern im Schichtdienst wie Krankenschwestern, aber auch für Polizistinnen und Polizisten, für notwendig. Überlegungen zu polizeiinternen Kinderbetreuungsmöglichkeiten halten wir daher für bedenklich. Zusätzlich sollte es mehr Teilzeit Angebote geben, ohne dass durch die Reduzierung der Arbeitszeit Arbeitsverdichtung entsteht. Mehr Personal bei der Polizei ist auch hier unabdingbar. Teilzeit-Beschäftigten dürfen auch keine negativen Auswirkungen auf Beförderungsmöglichkeiten entstehen. Ehrlicherweise müssen wir dabei aber einräumen, dass wir für dieses Problem auch noch keine vollumfänglich zufrieden stellende Lösung gefunden haben. Hier gilt: wo ein Wille vorhanden ist, wird sicher auch ein Weg unter Beteiligung aller entsprechenden Stellen gefunden werden können.

(Piraten) Wir stehen für die Abschaffung von KiTa-Gebühren, was natürlich auch die Polizei betreffen wird. Dabei fordern wir auch eine entsprechende Anzahl an KiTa-Plätzen, um zu gewährleisten, dass die Eltern dies auch in Anspruch nehmen können. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird damit auch bei der Polizei gestärkt. Außerdem würde eine verbesserte Personalausstattung auch die familienfreundlichere Gestaltung von Dienstplänen wesentlich vereinfachen.

(Grüne) Maßnahmen wie die Einrichtung flexibler Dienstzeiten oder Home-Office-Regelungen können dazu beitragen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Gleichzeitig müssen jedoch ausreichend Ersatzkräfte für diejenigen Beamtinnen und Beamten zur Verfügung stehen, die sich in Elternzeit befinden. Es kann keine Lösung sein, dass es infolge unbesetzter Stellen zu einer deutlichen Mehrbelastung derjenigen Kolleginnen und Kollegen kommt, die sich im Dienst befinden. Denn Tatsache ist, dass der Polizeibereich ohnehin unterpersonalisiert ist und die Beamtinnen und Beamten auch ohne solche Zusatzaufgaben häufig überlastet sind. Eine Lösung könnte in der Einrichtung sogenannter Pool-Stellen ähnlich der Lehrerfeuerwehr im Schulbereich bestehen. Doch müssen für eine solche Reserve weitere zusätzliche Stellen geschaffen werden, da ansonsten schlicht Personal intern verschoben und sich an der Zusatzbelastung der Beamtinnen und Beamten nichts ändern würde.

(AfD) Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Polizeiberuf muss durch eine individualisierte Personalpolitik hergestellt werden. Die verschiedenen Lebensentwürfe sollten bei Personalentscheidungen berücksichtigt werden.

11. Wie bewerten Sie die 2012 durchgeführte Polizeireform? Planen Sie Änderungen?

(CDU) Die Polizeireform hat sich grundsätzlich bewährt. Dennoch fallen, wie bei jeder größeren Reform, im Nachhinein Punkte auf, die verbessert oder angepasst werden müssen. Das saarländische Ministerium für Inneres und Sport hat bereits leichte Veränderungen an der Reform, wie etwa die Bildung einer rund um die Uhr besetzten Dienststelle in Wadern, vorgenommen. Kritische Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge hierzu sind aus den Reihen der Beamtinnen und Beamten bzw. Gewerkschaften willkommen, gewünscht und auch notwendig. Die CDU wird weiter darauf achten, dass die Vorschläge der Beamtinnen und Beamten sowie Gewerkschaften hierzu aufgenommen und kritisch gewürdigt werden, um so die Polizeireform aus dem Jahre 2012 weiter zu optimieren.

(SPD) siehe Frage 6

(Linke) DIE LINKE hat als einzige Landtagspartei gegen die Polizeireform gestimmt, weil wir den Abbau von 300 Stellen bei der Polizei und die Absenkung der Zahl der Kommissaranwärter für falsch halten. Viele Fehler bei der durchgeführten „Polizeireform 2020“ wurden auch durch eine Befragung unter Polizistinnen und Polizisten im Jahr 2015 bestätigt. DIE LINKE will bei einer Regierungsbeteiligung in gemeinsamen Gesprächen mit den Gewerkschaften der Polizei im Saarland und deren Jugendorganisationen, Personalratsvertretern und des BdK ausloten, an welchen Stellen diese „Reform“ korrigiert werden kann. DIE LINKE steht für Basisbeteiligung, daher werden wir entsprechende Vorschläge und Hinweise auch von einzelnen Polizistinnen und Polizisten sowie Kommissarsanwärterinnen und Anwärtern berücksichtigen.

(Piraten) Die bisherige Polizeireform sehen wir als eher negativ an. Besonders den Stellenabbau sehen wir kritisch, da er die Präsenz der Polizei in der Fläche schwächte. Es ist aber jetzt ja wohl eine neue Polizeiinspektion im Nordsaarland in Planung, was für uns zumindest einen ersten Schritt in die richtige Richtung darstellt.

(Grüne) Durch den Sparkurs des Landes im Polizeibereich geht die wichtige Bürgernähe mehr und mehr verloren. Die von Minister Bouillon geplante Schließung aller B-Inspektionen über Nacht wird unserer Auffassung nach diesen Trend verschärfen und dazu führen, dass die Polizeipräsenz in der Fläche immer weiter ausgedünnt wird. Dies zieht mehrere Probleme nach sich, vor denen nun auch zahlreiche Verwaltungschefs im Saarland warnen. Zum einen wird durch diese Maßnahme das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger verringert. Zum anderen könnte sich aber auch die Sicherheitslage verschärfen. Dies gilt sowohl für Ballungsgebiete, in denen sich vergleichsweise mehr Delikte ereignen, als auch für ländliche Gebiete. Da besonders im Nordsaarland Dienststellen weit auseinanderliegen, könnte eine herbeigerufene Streife zu spät vor Ort sein, um eine Straftat zu verhindern beziehungsweise den oder die Täter zu stellen. Diese Beispiele verdeutlichen, dass solche Maßnahmen wie eine Schließung von Polizeiinspektionen nicht nach der Reißbrettmethode durchgeplant werden dürfen. Beachtet werden muss die besondere Situation des ländlichen Raumes sowie die von Ballungszentren.

(AfD) Die Polizeireform 2012 ging ausschließlich zu Gunsten der Staatskasse und zu Lasten der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und nicht zuletzt auch der Polizeivollzugsbeamten selbst. Insbesondere beim Personalabbau und der verfehlten Personalverschiebungen besteht erhöhter Änderungsbedarf.

